

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 14.01.2016**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:03 Uhr bis 19:29 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Andreas Scholtyssek	Ausschussvorsitzender, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), anwesend ab 17:23 Uhr
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), anwesend bis 18:48 Uhr
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), anwesend bis 18:48 Uhr
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Ann-Sophie Bohm-Eisenbrandt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, anwesend bis 19:00 Uhr
Maria Genschorek	Sachkundige Einwohnerin
David Horn	Sachkundiger Einwohner
Lars Juister	Sachkundiger Einwohner
Hans-Jürgen Krause	Sachkundiger Einwohner
Burkhard Lothholz	Sachkundiger Einwohner
Werner Misch	Sachkundiger Einwohner
Stefan Schulz	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister, anwesend bis 17:45 Uhr
Uwe Stäglin	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Tobias Teschner	Fachbereichsleiter FB Sicherheit
Kerstin Ruhl-Herpertz	Fachbereichsleiterin FB Umwelt
Rita Lachky	Fachbereichsleiterin FB Einwohnerwesen
Daniel Zwick	Leiter DLZ Klimaschutz
Katrin Flint	stellvertretende Protokollführerin

Gäste

Dr. Heinrich Wahlen	Geschäftsführer HWG
---------------------	---------------------

Entschuldigt fehlten:

Frigga Schlüter-Gerboth	Sachkundige Einwohnerin
-------------------------	-------------------------

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten wurde von **Herr Andreas Scholtyssek** eröffnet und geleitet.

Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Scholtyssek fragte, ob es Anmerkungen zur Tagesordnung gibt.

Herr Misch bat um Information zur Hausbesetzung in der Hafestraße.

Daraufhin erklärte **Herr Scholtyssek**, dass unter dem Tagesordnungspunkt Mitteilungen eine entsprechende Information durch Herrn Dr. Wahlen erfolgen wird.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht, so dass **Herr Scholtyssek** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
 - 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 12.11.2015
 - 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 03.12.2015
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Umsetzungsplan zum Integrierten Kommunalen Klimaschutzkonzept
Vorlage: V/2014/12704
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sturmschäden machen Baumpflanzungen erforderlich
Vorlage: VI/2015/01412
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. Baumfällliste

- 7.2. Information zur Umweltzone
- 7.3. Information zur Hausbesetzung in der Hafestraße
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 12.11.2015

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift vom 12.11.2015.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 03.12.2015

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift vom 03.12.2015.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Umsetzungsplan zum Integrierten Kommunalen Klimaschutzkonzept Vorlage: V/2014/12704

Herr Stäglin informierte, dass diese Vorlage auf der Stadtratsvorlage Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept aufbaut.

Frau Bohm-Eisenbrandt schlug vor, die Vorlage als 1. Lesung zu behandeln. Es bestehen bereits Fragen, welche als Fragenkatalog eingereicht werden.

Die Mitglieder des Ausschusses stimmten einer ersten Lesung zu.

Herr Scholtyssek erteilte **Herrn Zwick** das Wort.

Herr Zwick teilte mit, dass er den Umsetzungsplan anhand einer Präsentation kurz vorstellen wird und danach Fragen zu den einzelnen Handlungsfeldern gestellt werden können.

Anmerkung: Die Präsentation ist im Session hinterlegt.

Herr Misch fragte, ob eine Übersicht der mitwirkenden Personen in der Steuerungsgruppe bereitgestellt werden kann.

Herr Zwick informierte, dass diese unter Punkt AG 1 aufgeführt sind.

Herr Misch teilte mit, dass die Aufstellung zu abstrakt ist. Er bat um Darstellung von konkreten Personen.

Herr Zwick sagte eine Aufstellung zu.

Er fragte, ob Fragen zum Handlungsfeld 1 bestehen. Dies war nicht der Fall und **Herr Zwick** stellte das Handlungsfeld Stadtentwicklung vor.

Frau Bohm-Eisenbrandt informierte, dass beim Ehrenamt „Grüner Daumen“ Bürgerinnen und Bürger verstärkt Grünflächen pflegen sollen. Sie fragte, wieso dieses Ehrenamt nur auf Fassadengrün beschränkt werden soll. Weiterhin möchte Sie wissen, wie die Umsetzung dieses Vorhabens aussehen kann.

Herr Zwick antwortete, dass besonders die Wohnungswirtschaft animiert werden soll, zu prüfen, ob die Begrünung stadtgestalterisch und klimatisch umgesetzt werden kann. Weiterhin zählen aber auch die Baumpatenschaften sowie die Patenschaften der Grünflächenpflege dazu.

Frau Bohm-Eisenbrandt teilte mit, dass es sinnvoller wäre, die Maßnahmen als Einzelmaßnahmen darzustellen.

Herr Stäglin sagte, dass im Zuge der 1. Lesung Anregungen gern aufgenommen werden und mitunter Einzelmaßnahmen weiter untergliedert werden können.

Frau Krischok fragte zum Handlungsfeld Private Haushalte, PH 3 Runder Tisch „Energetische Sanierung“ in Halle (Saale), warum die Umsetzung erst ab Beginn 1. Quartal 2017 erfolgen soll. Weiterhin fragte sie, ob das Dienstleistungszentrum Klimaschutz derzeit mit vier Mitarbeitern besetzt ist.

Herr Zwick sagte, dass das DLZ mit die kleinste Einheit ist. Zu bedenken ist aber, dass auch die Mitarbeiter vorerst entsprechend geschult werden müssen und politische Beschlüsse erforderlich sind, bevor agiert werden kann. Ein solches Konzept kann nicht durch vier Kollegen umgesetzt werden. Nötig sind weitere Akteure im Konzern Stadt. Die Prozesse sind zeitintensiv.

Herr Stäglin erinnerte daran, dass man erst mit den Haushaltsberatungen in 2015 einen eigenen Sachmittelansatz für das Dienstleistungszentrum bilden konnte. Somit stehen erst jetzt Mittel zur Umsetzung der Projekte zur Verfügung, was zuvor nicht gegeben war.

Herr Zwick sagte, dass man angestrebt, die Tätigkeiten des Dienstleistungszentrum Klimaschutz besser und transparenter auf der halleischen Internetseite darzustellen.

Zum Handlungsfeld Industrie und Gewerbe ergaben sich keine Nachfragen.

Herr Koehn sagte zum Handlungsfeld Kommunale Einrichtungen, KE 5 Energieeffiziente Straßenbeleuchtung, dass bereits vor Jahren ein Beschluss zur Beauftragung einer Fremdfirma gefasst wurde, die Straßenbeleuchtung mit LED-Lampen zu versehen. Er fragte, ob die damals erfolgten Kenntnisse und Ergebnisse als jetzige Grundlage dienen.

Herr Zwick sagte, dass man wirtschaftlich agiert. Der Markt entwickelt sich natürlich brisant,

sodass mitunter die Erkenntnisse nicht mehr aktuell sind.

Herr Scholtyssek fragte, wie Maßnahmen, die bereits im Gang sind, im vorliegenden Konzept als zweite Priorität gekennzeichnet sind. Laufende Maßnahmen müssten doch prioritär behandelt werden.

Herr Zwick antwortete, dass aus Verwaltungssicht bereits umgesetzte Maßnahmen als laufende Maßnahmen zu betrachten sind. Laut Konzept soll der nächstmögliche Grad erreicht werden. Daher haben die laufenden Maßnahmen nicht die höchste Priorität im Konzeptvorschlag. Die Prioritäten erfolgen aus ökologischer Sicht, den vorhandenen Fördermöglichkeiten und den Ressourcen.

Zum Handlungsfeld Energieversorgung ergaben sich keine Fragen.

Zum Handlungsfeld Verkehr, VK 2 Fußgänger- und radverkehrsfreundliches Halle (Saale), fragte **Herr Misch**, was darunter zu verstehen sei.

Herr Zwick antwortete, dass dieser Aspekt bei sämtlichen innerstädtischen Baumaßnahmen vor dem Hintergrund des Leitbildes einer autoreduzierten Innenstadt Berücksichtigung finden soll.

Herr Koehn fragte zu VK 4, Alternative Mobilität.

Umgesetzt werden soll eine Emissionsminderung im städtischen Verkehr durch die Förderung der Elektromobilität und des Kfz-Verkehrs erdgasbetriebener Fahrzeuge. Die Umsetzung erfolgt in Abstimmung mit der HAVAG, EVH und Stadtverwaltung. Die Umsetzung für das VK 4 soll bis 2017 erfolgen.

Herr Koehn stellte dar, dass die HAVAG ihre Busflotte seit 2 Jahren ausschließlich mit Dieselfahrzeuge modernisiert. Das heißt bei einer Laufzeit von 15 – 20 Jahren bei neuen Dieselnissen kann man nicht in den Erdgasbetrieb umrüsten.

Beschaffungskostennachteile sollen durch geeignete Kooperationsmodelle reduziert werden. Laut HAVAG sind erdgasbetriebene Omnibusse zu teuer. Deswegen wird auf Dieselfahrzeuge modernisiert. Schlussfolgernd ist eine Umrüstung nicht möglich. Daher kann die Darstellung / Formulierung im VK 4 entfallen.

Herr Zwick antwortete, dass die Anschaffung einem wirtschaftlichen Risiko unterliegt. Der VK 4 bezieht sich nicht nur auf Busse, sondern auch auf den Ausbau der Elektrotankstellen im städtischen Verkehr. Mitunter kann dieser Punkt entfernt werden. Dies muss geprüft werden. Es gibt mit Sicherheit Gründe, warum dies mit erwähnt wurde.

Herr Koehn sagte, dass die Kapazität und die Immissionen bei der Fahrzeugflotte der HAVAG im Großteil den innerstädtischen öffentlichen Nahverkehr ausmachen. Die Einsparung bei Elektrofahrzeugen ist dagegen gering.

Herr Zwick sagte, dass dies geprüft werden müsste.

Herr Scholtyssek merkte an, dass die Kosten in der Übersicht „Jahreskosten“ nicht mit den einzelnen Kosten in den Bereichen übereinstimmt. Als Beispiel nannte er SE 3, PH 3, WGD 1.

Weiterhin fragte er, ob weitere Kosten als die im Konzept erwähnten (Sachkosten und zusätzliche Sachkosten für fachkundige Dritte) hinzukommen.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sturmschäden machen Baumpflanzungen erforderlich Vorlage: VI/2015/01412

Frau Bohm-Eisenbrandt brachte den Antrag im Namen der Fraktion ein.

Herr Stäglin informierte, dass in der Beigeordnetenkonferenz am Dienstag über Projekte des Jahres gesprochen wurde. Im ersten Quartal 2016 soll im Ansatz ein Konzept entwickelt werden, wie Baumspenden eingeworben werden können. Ziel ist, im 2. Quartal entsprechend eingehende Spendengelder für Ausschreibungen für Herbstpflanzungen mitzuverwenden. Im Ergebnisplan sind bereits Gelder für eine Frühjahrs- und Herbstpflanzung vorgesehen. Er bat die Antragsteller den Beschlusstext zu überdenken. Es ginge nicht nur um die Bereiche, die aufgrund des Sturmereignisses in Mitleidenschaft geraten sind, sondern durchaus um das gesamte städtische Gebiet.

Frau Bohm-Eisenbrandt bedankte sich für den Hinweis und erklärte den Abschnitt „zugunsten der betroffenen Stadtteile in Halle“ zu streichen.

Herr Misch sprach sich positiv zum Antrag aus. Er regte an, die Baumpaten künftig entsprechend zu würdigen. Er schlug vor, dies durch kleine Hinweisschilder vorzunehmen oder durch eine Anzeige im Amtsblatt.

Herr Scholtyssek regte an, den Passus „infolge der Sturmereignisse am 07. Juli 2015“ zu streichen, da dieser die Intension des Antrages einschränkt.

Frau Bohm-Eisenbrandt erwähnte, den Beschlussvorschlag mitunter bis zur Sitzung des Stadtrates noch abzuändern. Sie verstehe den Passus nur als Beispiel.

Im Weiteren ließ **Herr Scholtyssek** den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt nach Änderung

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, angesichts der Schadensbilanz im Bereich Stadtgrün infolge der Sturmereignisse am 07. Juli 2015 einen Vorschlag für die Einwerbung von Baumspenden und Baumpatenschaften ~~zugunsten der betroffenen Stadtteile in Halle~~ zu entwickeln.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Baumfällliste

Herr Misch regte an, nur noch die Fällungen von Bäumen in die Baumfällliste aufzunehmen, die nach der Baumschutzsatzung geschützt sind.

Frau Bohm-Eisenbrandt fragte zur lfd. Nr. 211 an. Angedacht war eine Fällung von 31 Bäumen. Diese Zahl weicht von der Zahl in der Baumfällliste ab. Ebenso ist die Angabe der Ersatzpflanzungen abweichend. Sie bat um entsprechende Erklärung.

Die Verwaltung sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 7.2 Information zur Umweltzone

Frau Ruhl-Herpertz informierte zur Umweltzone.

Sie erläuterte, dass weder Stadtverwaltung, Handwerkskammer, noch Industrie- und Handelskammer die Betroffenheiten der Unternehmen im Zusammenhang mit der geplanten Erweiterung der Umweltzone im Bereich Steintorbrücke, der sogenannten 3. Stufe, verbindlich einschätzen konnten. Gemeinschaftlich wurde beschlossen, alle Unternehmen und Handwerksbetriebe in dem Bereich anzuschreiben und zu einem Gespräch einzuladen. Geplant war, über die Hintergründe und Motive der Stadtverwaltung zur Erweiterung der Umweltzone zu berichten und über mögliche Probleme und Härten innerhalb der Unternehmen ins Gespräch zu kommen.

Das Feedback der Unternehmen war sehr gering. Lediglich ein Unternehmen folgte der Einladung. Dieses erklärte, bei einer Erweiterung der Umweltzone keine Probleme hinsichtlich des Fuhrparks zu haben. Aufgrund des Vorbereitungsaufwandes sei die Einführung der 3. Stufe nunmehr für den 01.03.2016 geplant.

zu 7.3 Information zur Hausbesetzung in der Hafestraße

Herr Scholtyssek bat um Erteilung des Rederechts für **Herrn Dr. Wahlen**. Dieses wurde erteilt.

Im Weiteren übergab er ihm das Wort und bat um eine kurze Information zum Sachstand der Hausbesetzung in der Hafestraße.

Herr Dr. Wahlen erläuterte, dass er am 05.01.2016 per E-Mail über die Hausbesetzung informiert wurde. Es wurde seitens des Absenders um einen Dialog gebeten, im Hinblick, dass das Gebäude gern als soziokulturelle Stätte genutzt werden könnte.

Am 06.01.2016 war Herr Dr. Wahlen vor Ort und sprach mit Vertretern der Initiative „Wir brauchen Platz“. Da das Gespräch auf einer angemessenen und ordentlichen Ebene verlief, entschied er sich nicht repressiv vorzugehen. Er erklärte den Hausbesetzern, dass diese Art der Inbesitznahme nicht in Ordnung ist und fragte, warum nicht vorher die Möglichkeit eines Gespräches favorisiert wurde.

Im Ergebnis soll nun eine Vereinbarung geschlossen werden, welche bestimmte Verhaltensregeln festsetzt. Geregelt soll der Schutz des Eigentums, der Nachbarschaft, der öffentlichen Straße, wie auch die Dauer der Besetzung sein. Am gestrigen Tag wurde die Vereinbarung übergeben. Bis Sonntag, dem 17.01.2016 soll der HWG eine gegengezeichnete Vereinbarung vorliegen.

Herr Dr. Wahlen begründete sein Vorgehen. Er wollte nicht, dass durch repressives Verhalten die Interessen von überregionalen Unterstützern geweckt werden. Er wollte einen sogenannten Mob verhindern.

Der derzeit geduldete Zustand soll in der kommenden Woche durch eine Gestattungsvereinbarung legitimiert werden.

Herr Scholtyssek verdeutlichte seine Sicht. Es hat eine rechtswidrige Handlung stattgefunden, die auch strafrechtlich verfolgt werden muss.

Herr Misch nahm ebenso Stellung. Zuerst bat er darum, dass die Vereinbarung, sollte sie geschlossen werden, auch im Ausschuss vorgestellt wird. Er betonte klar, dass er eine andere Rechtsauffassung hat. Eine solche rechtswidrige Tat zu dulden ist nicht richtig.

Herr Bernstiel fragte, ob derzeit Kosten durch die Besetzung entstehen und nach den Haftungsrelevanzen.

Herr Dr. Wahlen informierte, dass das Haus seit über 10 Jahren leer steht und derzeit nicht mit Strom, Wasser etc. versorgt wird. Der Entwurf der Gestattungsvereinbarung steht unter der auflösenden Bedingung, dass man sich mit den Hausbesetzern über die Kostenträgerschaft einigt. Erst nach Unterzeichnung der Vereinbarung wird eine Prüfung der anfallenden Kosten erfolgen.

Herr Bernstiel betonte, dass es nicht nachvollziehbar ist, dass aufgrund einer Straftat nunmehr ein Dialog mit der HWG erzwungen wird, vor allem für jene Vereine und Initiativen, die sich an Regeln und rechtliche Grundsätze halten. Darüber hinaus plakatieren die Aktivisten vielerorts Häuser, Mäste etc. Es wird der Eindruck vermittelt, wenn etwas auf legalem Weg nicht erreicht werden kann, den illegalen Weg zu wählen.

Herr Dr. Wahlen erklärte, dass sich die HWG im Rahmen eines Abwägungsprozesses genau für diesen Weg entschieden hat. Man wollte eine Stürmung der Hafensstraße mit entsprechender Berichterstattung und die Unterstützung überregionaler Gruppen verhindern. Der nun gewählte Weg ist aus Sicht der HWG das geringere Übel.

Herr Dr. Wahlen verdeutlichte, dass er keine Angst vor Präzedenzfällen hat. Hier ging es darum, die Besonderheiten der Situation zu bewerten. Hätte es ein anderes Objekt betroffen, hätte die Entscheidung ganz anders ausfallen können.

Herr Dr. Fikentscher verdeutlichte seinen Standpunkt. Er wertet den eingeschlagenen Weg der HWG als Chance. Durch diese Art der Konfliktlösung werden die Akteure der Initiative „Wir brauchen Platz“ in die Position verschlagen, selber zu reagieren und zu agieren. Ein Nachahmefekt durch weitere Initiativen schließt er aus.

Frau Krischok schloss sich den Aussagen von Herrn Dr. Fikentscher an. Sie hofft auf eine persönliche Entwicklung der Akteure.

Herr Misch machte erneut deutlich, dass er die Hausbesetzer zuerst hätte das Gebäude verlassen lassen, um anschließend in Gespräche zu kommen. So wie geschehen, ist es eine Duldung einer Straftat und das ist nicht richtig.

Herr Scholtyssek sagte, dass seiner Kenntnis nach durch die Initiative „Wir brauchen Platz“ Schlafplätze für bundesweit aktive Linksextremisten angeboten werden. Er fragte, ob derartige Erkenntnisse bestehen.

Herr Bernstiel verwies in diesem Zusammenhang auf die Internetseite der Initiative, welche direkt Plätze zum Schlafen anbietet. Darüber hinaus werden Informationen gegeben, wie man sich im Räumungsfall zu verhalten hat.

Herr Scholtyssek erkundigte sich danach, ob Beschwerden der Anwohner über Lärmbelästigungen etc. vorliegen.

Herr Teschner erklärte, derartige Beschwerden seien der Stadt bislang nicht bekannt.

Herr Dr. Wahlen erklärte, davon keine Kenntnis zu haben.

Herr Scholtyssek bat Herrn Dr. Wahlen in der nächsten Ausschusssitzung über den weiteren Stand zu informieren.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Anfrage Herr Koehn zur Umsetzung der 1. VO zum Sprengstoffgesetz

Herr Koehn fragte, inwieweit die Stadtverwaltung die Umsetzung der 1. Verordnung zum Sprengstoffgesetz umsetzt. Hintergrund seiner Anfrage sind die Ereignisse in der Silvesternacht. Der in der Marktkirche stattgefundenene Gottesdienst zwischen 14 bis 20 Uhr wurde massiv durch Böller gestört.

Herr Teschner verwies auf die Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Süd als originär zuständige Behörde. An so einem speziellen Tag läge die Priorität mitunter auch auf anderen Schwerpunkten. Eine umfassende Kontrolle im gesamten Stadtgebiet ist durchaus nicht möglich.

zu 8.2 Anfrage Frau Genschorek zu einer Veranstaltung des Landes zum Hochwasserschutz

Frau Genschorek fragte, ob die Stadtverwaltung Kenntnis hat, dass Anfang 2016 eine vom Land initiierte Informationsveranstaltung zur Thema Hochwasserschutz stattfinden soll.

Herr Stäglin verneinte dies.

zu 8.3 Anfrage Frau Genschorek zum Einsatz von Streusalz

Frau Genschorek fragte, inwieweit Kontrollen und weiterfolgend Sanktionen erfolgen, bei der Feststellung des Einsatzes von Streusalz.

Herr Teschner sagte, dass Kontrollen erfolgen. Wenn festgestellt wird, dass Streusalz gestreut wurde, folgt eine Ordnungswidrigkeitenanzeige, welche mit einem Verwarngeld verbunden ist.

zu 8.4 Anfrage Herr Bernstiel zu Beißattacken durch Hunde

Herr Bernstiel fragte, wie viele Anzeigen dem FB Sicherheit wegen Hundebißattacken bekannt sind.

Herr Teschner erklärte, dass derartige Anzeigen durch die Polizei aufgenommen und dem FB Sicherheit weiterleitet werden. Die genaue Anzahl wird er recherchieren.

zu 8.5 Anfrage Herr Bernstiel zur Entnahme von Taubeneiern

Bezugnehmend zur Taubeneientnahme fragte **Herr Bernstiel**, ob es stimmt, dass die ehrenamtlichen Helfer die Eier kostenpflichtig entsorgen müssen.

Die Verwaltung sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.6 Anfrage Herr Misch zu OWI-Anzeigen aufgrund des Einsatzes von Streusalz

Herr Misch fragte nach der Anzahl von OWI-Anzeigen aufgrund des Einsatzes von Streusalz. Zeitlich begrenzte er sich auf den Wintereinbruch um den Jahreswechsel 2015/2016.

Die Verwaltung sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.7 Anfrage Frau Krischok zum ISEK

Frau Krischok erklärte, dass das ISEK laut Mitteilung vom April 2015 bis Ende 2015 fertiggestellt sein sollte und anschließend in den Ausschüssen beraten werden sollte. Sie fragte, wann eine Beratung im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten seitens der Verwaltung vorgesehen ist.

Herr Stäglin sagte, dass eine Vorstellung ab April 2016 vorgesehen ist, für den OUA speziell der 09.06.2016.

zu 8.8 Anfrage Frau Krischok zum Stand des Erwerbs eines ITW

Frau Krischok fragte nach dem Stand des Erwerbs eines ITW und den daraus folgenden Maßnahmen.

Herr Teschner sagte, dass die entsprechende Beschlussvorlage im Februar in den Rat eingebracht wird.

zu 8.9 Anfrage Frau Krischok zur Bildung eines EB Rettungsdienst

Frau Krischok fragte, wie die Verwaltung die Bildung eines Eigenbetriebes „Rettungsdienst“ beurteilt.

Herr Teschner erklärte, dass die Überlegung bereits vor Jahren beleuchtet wurde, sich daraus allerdings auch Nachteile ergeben würden.

Die Gründung eines Eigenbetriebes ist erst einmal rechtlich möglich. Großer Nachteil wäre, dass wesentliche Partner im Katastrophenschutz geschwächt wären. Auch wäre zu klären, wie es sich mit der Kostenübernahme verhält.

zu 8.10 Anfrage Frau Krischok zum Weihnachtsbesuch des OB bei der Feuerwehr

Frau Krischok reflektierte, dass der Oberbürgermeister Ende 2015 die Kameraden der Berufsfeuerwehr besuchte. Dabei wurden etliche Fragen aufgeworfen, wie die Umkleidezeit und Probleme zur Drehleiter. Frau Krischok möchte wissen, wie der aktuelle Stand ist.

Herr Teschner fasste zusammen, dass im Rahmen des Besuchs weitaus mehr Fragen aufgetreten sind, als in der Presse bekannt gegeben. Viele dieser wurden vor Ort beantwortet. Zur Frage der Drehleiter kann festgestellt werden, dass diese defekt war aber nunmehr repariert und einsatzfähig ist. Zur Thematik Umkleidezeit gibt es einen Rechtsvermerk des Fachbereichs Personal, der im Ergebnis feststellt, dass Umkleidezeit nicht als Dienstzeit anzuerkennen ist.

zu 8.11 Anfrage Herr Horn zur Missachtung des Durchfahrtsverbots in der Großen Steinstraße

Herr Horn erklärte, dass das Durchfahrtsverbot in der Großen Steinstraße zwischen Kleinschmieden und Neunhäuser nicht mehr erheblich beachtet wird. Auch wenn die Zuständigkeit des fließenden Verkehrs bei der Polizei liegt, möchte er wissen, ob dieser eine Schwerpunkt darstellt und verstärkt kontrolliert wird.

Herr Teschner sagte zu, dies in Erfahrung zu bringen.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Anregung Frau Krischok zum schlechten Zustand der Schilder auf der Rabeninsel

Frau Krischok sagte, dass die Schilder auf der Rabeninsel, die auf das Naturschutzgebiet und die entsprechenden Verhaltensregeln hinweisen, nur noch zum Teil erkennbar sind. Sie regte an, diese zu erneuern und freute sich, dass die Verwaltung auf ihre Hinweise bereits reagiert hat.

Für die Richtigkeit:

Andreas Scholtyssek
Ausschussvorsitzender

Katrin Flint
stellvertretende Protokollführerin